

MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM DEZEMBER 2025



Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

bevor die Weihnachtszeit beginnt, möchte ich euch eine Zusammenfassung liefern darüber, was in den letzten Wochen im politischen Berlin und in unserer Region passiert ist.

Vorweg: Diese Koalition hat mit großem Tempo zahlreiche Gesetze auf den Weg gebracht, anders, als es Opposition und öffentliche Wahrnehmung vermitteln. Dabei gibt es einige kommunikative Fehltritte des Bundeskanzlers und auch politische Differenzen mit unserem Koalitionspartner – aber das ist normal und war in den letzten Jahrzehnten nicht anders. Wir arbeiten jedenfalls daran, dass diese Bundesregierung erfolgreich ist, und setzen sozialdemokratische Projekte um.



Erstes Beispiel: das Tariftreuegesetz

Öffentliche Aufträge gibt's nur noch für Unternehmen, die faire Löhne zahlen und gute Arbeitsbedingungen bieten. ➡ So schaffen wir Zukunft – gerecht, modern, solidarisch.



Das Tariftreuegesetz haben wir noch im August auf den Weg gebracht. Zusammengefasst lautet die Botschaft: Wer öffentliche Aufträge vom Bund haben will, muss gute Löhne zahlen! Denn es darf nicht sein, dass Unternehmen Dumping-Löhne zahlen und mit Dumping-Angeboten große Aufträge an Land ziehen. Das ist umso wichtiger, als wir bekanntlich in den nächsten Jahren sehr viele Aufträge vergeben werden. Denn wir investieren so viel Geld wie noch nie, um unser Land zu modernisieren: 500 Milliarden Euro zusätzlich für Schulen und Kitas, Kliniken, bezahlbare Wohnungen, intakte Schienen und Straßen, Digitalisierung und Klimaschutz.

Zweites Beispiel: das Sondervermögen für Länder und Gemeinden

Im September hat der Bundestag das Gesetz verabschiedet, das 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen vorsieht (LuKIFG): für Bildung, Gesundheit, bezahlbare Wohnungen, intakte Schienen und Straßen, Digitalisierung und Klimaschutz. Das Geld wird über einen Zeitraum von zwölf Jahren fließen. Auf Wunsch der Bayerischen Staatsregierung war eine Mindestweitergabe der Gelder an die Städte und Gemeinden aus dem Gesetz gestrichen worden.

Mit den Eckpunkten zum Doppelhaushalt 2026/2027 und dem Ende Oktober vereinbarten kommunalen Finanzausgleich 2026 bleibt die Bayerische Staatsregierung weit hinter dem zurück, was wir für die Kommunen gefordert haben. Lediglich 2 Mrd. der auf Bayern entfallenden 15,7 Mrd. Euro werden den Kommunen fest zugesagt pauschal zur Verfügung gestellt. Das sind gerade einmal 12,7 Prozent der Bayern zur Verfügung stehenden Mittel. Die restlichen für 2026 und 2027 im Doppelhaushalt 2026/2027 aus dem Sondervermögen des Bundes für kommunale Maßnahmen angesetzten Mittel gehen in den kommunalen Finanzausgleich ein oder dienen der Aufstockung bestehender Förderprogramme des Freistaates. Damit ist viel Bürokratie und wenig Rechtssicherheit für die Kommunen gegeben, Die Kommunen werden am goldenen Zügel gehalten. Anders macht es das Nachbarland Baden-Württemberg: Dort werden 2/3 der Mittel pauschal an die Kommunen weitergeleitet. Jede Kommune kann schon jetzt mit einem fixen Budget planen. Meine Meinung hierzu könnt ihr auch noch einmal im [Statement der BayernSPD](#) oder in meiner [Pressemitteilung](#) nachlesen.

Drittes Beispiel: Erhöhung Mindestlohn

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte für hart arbeitende Menschen in Deutschland. Die Entscheidung des Bundeskabinetts Ende Oktober stellt sicher, dass der errungene Kompromiss der Mindestlohnkommission nun verbindlich wird.



Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes werden von der Erhöhung des Mindestlohns auf 13,90 Euro ab dem 1. Januar 2026 bis zu 6,6 Millionen Jobs betroffen sein. Ein guter Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Für das Jahr 2025 gibt es noch keine Zahlen, wie viele Erwerbstätige in unserem Wahlkreis im unteren Entgeltbereich liegen. Bei der stufenweisen Erhöhung im Jahr 2022 waren es aber allein hier fast 30.000 Menschen. Was viele noch nicht wissen: Mit der Mindestlohnerhöhung steigt auch die Minijob-Grenze an, und zwar auf 603 Euro.

Frauen profitieren nach der Schätzung übrigens überdurchschnittlich häufig: In rund 20 Prozent der von Frauen ausgeübten Jobs erhöht sich demnach der Stundenverdienst, bei Männern sind es nur rund 14 Prozent.

Natürlich lösen wir so nicht das Grundproblem des Gender Wage Gap, also die Unterschiede im durchschnittlichen Einkommen von Frauen und Männern und die Tatsache, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Berufen arbeiten. Ein höheres Einkommen nützt Frauen aber in jedem Fall. Und an einer gerechteren Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern werden wir weiterhin arbeiten.

Die nächste Erhöhung auf 14,60 Euro erfolgt in einem Jahr, am 1. Januar 2027.

Einigung beim Wehrdienst: Freiwilligkeit und mehr Attraktivität

Es bleibt bei einer Freiwilligkeit - und zugleich werden wir der aktuellen Sicherheitslage gerecht. Für uns ist klar: Wenn wir über Wehrdienst reden, reden wir über ein modernes Angebot, das Freiwilligkeit und Verantwortung verbindet.

Als jemand, der im Landkreis Fürstentfeldbruck aufgewachsen ist, stand mit dem Abzug der Bundeswehr vom Brucker Fliegerhorstgelände eine Zeitenwende bevor - die jetzt so nicht kommen wird. Die Bundeswehr wird aufgrund der geopolitischen Lage neu aufgestellt. Es gibt kein Zurück zu den alten, miefigen Strukturen, sondern die Bundeswehr muss deutlich moderner aufgestellt werden. Sie ist nicht verpflichtend, der Dienst bleibt freiwillig. Deshalb war es uns wichtig, der jungen Generation ein faires Angebot vorlegen zu können. Dieses Angebot beinhaltet nun ein Startgehalt von 2600 Euro brutto für eine topmoderne Ausbildung mit zahlreichen Möglichkeiten der Fortbildung. Die Verpflichtungszeit kann auch auf sechs Monaten angesetzt werden.

Es ist ein ungewohntes Gefühl zu wissen, dass in einigen Jahren auch mein Sohn wieder gemustert wird, wenn auch nicht in einer Kaserne, sondern mit einem Fragebogen. Besonders wichtig dabei: Die Bundeswehr bleibt eine Parlamentsarmee - eine Wehrpflicht am Bundestag vorbei wird es nicht geben können. Gleichzeitig schaffen wir rund 15 000 neue Plätze im Freiwilligendienst und schaffen weitere Möglichkeiten für junge Menschen, sich gesellschaftlich einzubringen.

Viertes Beispiel: Steueränderungsgesetz 2025

Das ganz aktuell verabschiedete Steueränderungsgesetz klingt zunächst technisch, doch dahinter stehen spürbare Verbesserungen für den Alltag vieler Menschen.

Hinter dem allgemeinen Titel verbergen sich neben rechtstechnischen Anpassungen wichtige Neuregelungen, von denen eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und öffentliche Körperschaften profitieren werden. Unter anderem sind das folgende Maßnahmen:

Wir machen die Mitgliedschaft in Gewerkschaften attraktiver

- Steuerliche Begünstigung von Gewerkschaftsbeiträgen: Damit stärken wir das Engagement und die Teilhabe in Gewerkschaften, die Tarifbindung und die betriebliche Mitbestimmung.

Spürbare Entlastung für Pendlerinnen und Pendler

- Erhöhung der Entfernungspauschale auf 38 ct
- Die Erhöhung gilt am dem ersten Kilometer Arbeitsweg, unabhängig vom Verkehrsmittel
- Bei einem Arbeitsweg von zehn Kilometern sind das bereits 176 Euro zusätzliche Werbungskosten.

Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie

Förderung und Wertschätzung des Ehrenamts

- Die Ehrenamtszuschale wird auf 960 Euro und die Übungsleiterzuschale auf 3.300 Euro pro Jahr angehoben. Damit würdigen wir die Leistung von Millionen Engagierten in Vereinen, Sport und Kultur.

Und: Das Rentenpaket steht!

Mit dem Anfang Dezember verabschiedeten Rentenpaket machen wir die Rente verlässlich – für heute und für morgen. Es ist ein echter Erfolg für alle Generationen.

Für uns als Fraktion war wichtig, dass es nicht zu einer künstlichen Absenkung des Rentenniveaus kommt. Das Paket stabilisiert das Rentenniveau bis 2031, denn es fällt dabei nicht unter 48 Prozent. So können sich alle Menschen weiterhin auf eine stabile Rente verlassen. Das ist besonders wichtig für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die im Alter nicht abrutschen sollen.

**Wir stoppen
den Renten-Abstieg!**

**Lebenslange Leistung
muss sich lohnen!**

Von 1990 bis 2015 sank das Renten-
niveau kontinuierlich. Wir haben
diesen Abstieg mit einer Haltelinie
bei 48 % gestoppt.

Diese verlängern wir nun bis 2031.

SPD Fraktion im
Bundestag

THW-Haushalt erreicht neues Rekordniveau



Mitte November gab einen Durchbruch, der es nicht in die großen Schlagzeilen geschafft hat, aber vielen Menschen vor Ort hilft, ihre Arbeit angemessen verrichten zu können. Die Rede ist von den Hilfen für das Technische Hilfswerk THW, dessen Haushalt wir auf ein Rekordniveau schrauben konnten. Mit 2,7 Milliarden Euro werden bundesweit 140 neue Unterkünfte errichtet. Damit sind nun alle 200 Standorte des THW-Neubauprogramms finanziert und ein jahrzehntelanger Investitionsstau gelöst, der vielen Ehrenamtlichen vor Ort die Arbeitsbedingungen erleichtert. Von diesem Neubau-Programm profitiert der Standort Pfaffenhofen an der Ilm, der in einem meiner neuen Betreuungswahlkreise liegt.

Themen vor Ort

Ich bin sehr viel unterwegs – auch in der Region. Einladungen zu Gesprächen und Veranstaltungen erhalte ich nicht nur als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, sondern auch als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. So war ich zum Beispiel im Oktober zu Besuch im **Münchner Hauptzollamt**. Bereits zuvor hatte mich Berthold Süß, der dortige Vorsitzende des Personalrats, in meinem Wahlkreisbüro besucht.

Wir sprachen unter anderem ausführlich über den Gesetzentwurf, der am 13. November verabschiedet wurde, und der mir ein großes Anliegen war: Die **Zolleinheit Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)** wird sehr viel schlagkräftiger aufgestellt und erhält deutlich mehr Kompetenzen, um Menschen vor Ausbeutung zu schützen und staatliche Einnahmen zu sichern. Illegale Beschäftigung trifft besonders jene, die sich selbst am wenigsten schützen können: Sie bleiben ohne Absicherung im Krankheitsfall und im Alter, ohne Stimme und Beteiligung, ohne Schutz vor Ausbeutung und Hungerlöhnen. Der dadurch verursachte Steuerbetrug beraubt uns alle jedes Jahr um Milliarden Euro – Geld, das wir für Kitas, Schulen, Straßen oder Krankenhäuser verwenden könnten. Konkret geht es in diesem Gesetz um die Integration der FKS in den polizeilichen Informationsverbund, um eine Optimierung der digitalen Prozesse und einen Fokus auf Orte, an denen verstärkt Schwarzarbeit stattfindet, wie zum Beispiel in Barbershops oder Kosmetikstudios. Und diese FKS ist eine Einheit des Zolls.





Vor Ort gibt es noch viele andere, wichtige Themen, auf die ich versuche, Einfluss zu nehmen. Eines, das besonders viele Menschen bei uns im Landkreis Fürstentfeldbruck betrifft, ist natürlich der Pendelverkehr. Es ist ein absolutes Unding, wie lange der **Ausbau der S4** schon auf sich warten lässt.

Hierzu hatte ich kürzlich ein Treffen mit meinem langjährigen Wegbegleiter Florian von Brunn, der als Landtagsabgeordneter für Fürstentfeldbruck als Betreuungswahlkreis zuständig ist, sowie mit unserem Brucker Verkehrsexperten Mirko Pötzsch. Unsere einhellige Meinung: Der Ausbau ließe sich relativ einfach beschleunigen, und dabei auch noch unnötige Ausgaben einsparen.

Wichtigster Termin im neuen Jahr: Kommunalwahlen in Bayern am 8. März 2026



Wir alle stehen vor einem Déjà-vu: Auch der jetzt beginnende Winter wird schon wieder von Wahlkampf geprägt sein. Die Kommunalwahl in Bayern ist dabei - wie jede Wahl - eine besondere: Unsere Demokratie lebt von der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Unsere SPD-Kandidatinnen und Kandidaten engagieren sich für ein gerechtes, soziales Miteinander in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen ein und bringen unsere Themen nach vorne. Ich werde euch, wo möglich und gewünscht, tatkräftig unterstützen!

Neues MdB-Büro, die Adresse bleibt!

Eine Sache habe ich bereits auf den Weg gebracht, auch, um die SPD in der Region zu stärken: Mein neues Wahlkreisbüro befindet sich zwar immer noch im selben Gebäude, ist jetzt aber deutlich größer und sichtbarer. Wir sind von der ersten Etage im Ilzweg 1 ins Erdgeschoss gezogen. Dort werden wir deutlich sichtbarer sein und das Straßenbild dadurch ein klein wenig röter. **Am Freitag, den 9. Januar 2026 um 17 Uhr findet die offizielle Eröffnung statt. Dazu herzliche Einladung.**

Bitte schreibt gerne an mein Büro – michael.schrodi.wk@bundestag.de –, ob ich mich euch rechnen kann. Ich würde mich freuen!



Und noch eine Veränderung im Wahlkreisbüro



Seit dem 1. November verstärkt **Eva Schäffler** aus Freising das Wahlkreis-Team!
Sie ist stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende in Freising, promovierte Historikerin und war in der letzten Legislatur Büroleiterin im Wahlkreisbüro von Andreas Mehlretter. Sie kennt daher sehr gut unsere neuen Betreuungswahlkreise Freising und Ingolstadt und steht als Ansprechpartnerin gerne zur Verfügung: michael.schrodi.ma09@bundestag.de
Eva hat eine noch sehr kleine Tochter von vier Monaten und arbeitet derzeit 10 Stunden pro Woche.

Herzlich Willkommen und auf gute Zusammenarbeit!



Ich wünsche euch allen eine möglichst erholsame Advents- und Weihnachtszeit – und danach viel Energie für den Kommunalwahlkampf! Denkt daran, bleibt positiv, und lasst euch nicht unterkriegen, wir alle machen eine engagierte Arbeit im Dienste der sozialen Gerechtigkeit!

Freundschaftliche und solidarische Grüße

Michael Schrodi, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodi.wk@bundestag.de



SPD Soziale
Politik für
Dich.